

Der dritte Tag der Wahlrechtsdebatte.

Sitzung vom 7. Dezember.

Abg. v. d. Osten (kons.) fährt fort: Wir nehmen unseren Verfassungseid ernst. Unter Umständen ist es heilige Gewissenspflicht des preussischen Königs, wenn er des Wegs, den die Krone auf Rat von Ratgebern einschlägt, für gefährlich hält, wenn er zum Untergang von Krone und Land führen muß, die Treue zum Königsthron nicht darin zu sehen, daß er Ja und Amen sagt, sondern nach bestem Ermessen zu handeln und nicht seine Ueberzeugung zu opfern. (Beifall rechts.) Auch das Reichstagswahlrecht muß autoritär wirken, da die Wahlmaschine Unsummen kostet. Wir sehen, daß in Frankreich die Abgeordneten von der Finanz gekauft sind und in Amerika eine fürchterliche und stinkende Korruption herrscht. Das Landtagswahlrecht war dagegen nach der alten Vermögensverteilung geradezu ein Hort des Mittelstandes. Dr. Pachnide ist für eine homogene Politik im Reich und in Preußen eingetreten. Sicher ist jedenfalls, daß dadurch die Stellung des Reichstags steigen und die der Regierung sinken würde. Schon Bebel hat das erkannt, indem er sagte: Haben wir Preußen, haben wir alles. Die Vorlage zeigt einen bedauerlichen Mangel an real-politischem Sinn. Man will die Feldgrauen draußen mit demselben Maße messen wie diejenigen, die ihre Pflicht nur sehr wenig getan haben. Ob man das Vertrauen zum Volke nicht zu weit ausdehnt, da doch die Kriminalität gestiegen und das Verantwortungsgefühl breiter Schichten gesunken ist? Der grenzenlose Optimismus, von dem der Minister des Innern sprach, verliert nur allzuleicht die Flügel. Derartige Experimente machen wir nicht mit. (Zustimmung rechts.)

Das Reichstagswahlrecht, das auf Preußen übertragen werden soll, entspricht keineswegs der Zusammensetzung des Volkes, Schriftsteller, Rechtsanwälte und Richter überwiegen im Reichstag. Es ist das ungerechteste Wahlrecht, das überhaupt auf Gottes Erde gefunden werden kann, es hat das einseitigste Mehrheitsrecht und ist auf die rücksichtslose Vergewaltigung der Minderheit zugeschnitten. Mit dem allgemeinen Wahlrecht will man die staatliche und soziale Welt aus den Angeln heben. Dann kämen wir zu einem Klassenstaat schlimmster Art, von dessen Fuchthauscharakter wir uns keine Vorstellung machen können. Alle Erfahrungen der Wissenschaft sprechen gegen das allgemeine Wahlrecht, denn die Wissenschaft lehrt, daß überall immer mehr differenziert wird. In der Wirtschaft zeigt sich das in der zunehmenden Differenzierung der Arbeitsteilung. Die Geschichte zeigt regelmäßig, daß diejenigen Staaten untergegangen sind, die sich der Demokratie in die Arme geworfen haben. Die Einführung des gleichen Wahlrechts wäre ein Rückschritt, der die ganze moderne Kultur vernichtet. Ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählter Landtag würde von der Sozialdemokratie völlig beherrscht werden, National-Liberale und Konservative würden stark geschwächt werden. Wir würden durch direkte Steuern erdrückt werden. Kirche und Schule würden bedroht werden. Zu fürchten ist auch die Folge für das Gemeindefeldrecht. Die Stellung der Monarchie würde sich durch eine Radikalisierung des Landtages von Grund aus ändern. Anstatt einer demokratischen Landtagsmehrheit käme der König in schwerste Konflikte, indem es nur ein Diegen oder Brechen gäbe. Damit wäre der erste Schritt zu einem parlamentarischen Schattenkönigtum getan. (Sehr richtig rechts.) Das wäre uns unerträglich.

Mit allem Ernst und Eifer und möglichster Beschleunigung werden wir alle Reformvorschlüsse prüfen. Eine Fülle von Reformgedanken ist aufgetaucht, die man nicht mit einem einfachen Unannehmbar ablehnen kann. Das gilt auch für den Gedanken des verfassungsmäßigen Wahlrechts. Durch das allgemeine Wahlrecht würden weite Kreise, die in diesem Kriege wahrlich ihre Pflicht getan haben, entrechtet und geknechtet werden. Für den Uebermut der Demokratie gilt das Wort: „Einst werden sich legen deine stolzen Wellen“ (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Birch-Berlin (Soz.):

Wenn es nach dem Vorredner ginge, dann würde das Volk in die Zeit der Leibeigenschaft zurückgeführt werden, das ist nach seiner Meinung das richtige Ausmaß von Rechten und Pflichten. Die Verantwortung für die innerpolitischen Kämpfe tragen diejenigen, die gegen diese Vorlage sind. Das gleiche Wahlrecht ist nicht erprobt worden. Sowohl der Ministerpräsident als auch sein Stellvertreter haben erklärt, daß die Vorlage ein freier Entschluß der Krone ist. Trotzdem glauben die Konservativen, die Krone gegen die Krone selbst in Schutz nehmen zu müssen. Der Vorredner hat schwerstes Geschick aufgeföhren gegen das Reichstagswahlrecht, bei dem angeblich die Minderheiten keine Vertretung haben. Dann möge doch Herr v. d. Osten mit uns für die Verhältnismäßig stimmen. (Sehr gut links.) Wir wollen keine Klassenherrschaft des Proletariats, aber auch keine Klassenherrschaft der Junker, wir verlangen die Beseitigung jeder Klassenherrschaft. (Sehr richtig d. d. Soz.) Nach dem bisherigen Gang der Aussprache sind die Aussichten für das gleiche Wahlrecht anscheinend ja sehr gering. Die Regierung muß große Geschicklichkeit ausbieten, um im Ausschuss einen Umschwung der Anschauungen herbeizuföhren. Scheitert das gleiche Wahlrecht, so mit ihm das wertvollste Stück der ganzen Reform. Selbstverständlich hat das Abgeordnetenhaus die Pflicht, die Vorlagen gewissenhaft zu prüfen. Wenn aber das gleiche Wahlrecht fällt und damit ein Konflikt entsteht zwischen der Krone und dem Parlament, dann wird unser Ansehen im Auslande sicher nicht erhöht werden. (Sehr richtig links.) Der Abg. Lohmann zweifelte an der politischen Reife der breiten Massen. Wenn das richtig wäre, müßte er das Reichstagswahlrecht abschaffen und an seine Stelle ein Wahlrecht setzen, bei dem die politische Reife den Ausschlag gibt. (Sehr richtig links.) Wer soll denn das bestimmen? Etwa der Landrat? Wir danken bestens dafür. Aber es ist gar nicht richtig, die breiten Massen der Arbeiter wenigstens haben politische Bildung und politische Erfahrung. Darüber sind wir uns völlig klar, daß dem preussischen Beispiel in der Wahlrechtsfrage die anderen Bundesstaaten folgen müssen. Hier muß Preußen in Deutschland vorangehen.

Der Abg. v. d. Osten hat über Rußland gesprochen, obwohl jetzt größte Zurückhaltung am Platze wäre. (Sehr richtig links.) Hauptsächlich geht es unserer Regierung auf die Militärs dahin anzuwirken, daß wir zunächst mit Rußland und Rumänien einen Frieden auf der Grundlage der Antwort auf die Papstnote und der Friedensentschließung des Reichstags bekommen. (Beifall.) Wenn wir jetzt mitarbeiten an einem neuen Preußen, in dem sich unsere Volksgenossen wohlföhlen werden und in dem es keine Knechte mehr geben wird, so werden unsere Kinder und Enkel bereinst auf uns mit Geföhlen des Dankes zurückblicken, und wir werden von uns sagen können, daß wir nicht umsonst gelebt haben. (Sehr wahr links.)

Was die Vorlagen selbst anlangt, so war vieles richtig, was Abg. Ströbel gesagt hat. Aber sein Gesamturteil schoß weit über das Ziel hinaus. Man kann diese Wahlreform unmöglich als Flickwerk bezeichnen. Wenn der Wähler ein Jahr in der Wahlgemeinde wohnen muß, ehe er vollberechtigt wird, so beraubt man in erster Linie die Kriegsteilnehmer ihres Wahlrechts. Ist das der Dank des Vaterlandes? Der Verlust des Wahlrechts beim Bezug aus einem Wahlbezirk ist ein Ausnahmegesetz gegen Berlin. Die Frauen sind leider in keiner Weise berücksichtigt worden. Ohne die Mithilfe wäre das Durchhalten nicht möglich gewesen.

Wir sind Gegner des Zweikammersystems und fordern in erster Linie die Beseitigung des Herrenhauses. Soll es aber weiter bestehen, so muß die Zusammenstellung wesentlich anders werden. Jetzt werden die Agrarier doppelt und dreifach bevorzugt. Die Arbeiter haben keinerlei Vertretung erhalten. Die angebliche gründliche Prüfung, welche die Konservativen im Ausschuss vorzunehmen wollen, bezweckt nichts anderes als ein Hinausziehen der

Erledigung der Wahlrechtsänderung. Die Ablehnung der Vorlage wäre ein Faustschlag ins Gesicht der Regierung, den sie nicht hinnehmen darf. Sie muß dann den Weg über den Reichstag wählen oder die Verordnung vom 30. Mai 1849 aufheben. Das Ansehen der Krone wäre unwiderruflich dahin, wenn sie auch jetzt wieder vor den preussischen Junkern die Waffen streckte. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schifferer (nl.):

Den großen politischen Dingen, die uns jetzt beschäftigen, können wir mit parteipolitischen Gründen nicht beikommen. Jeder Einzelne muß darüber mit sich nach bestem Wissen ins Reine kommen und diese Verantwortung kann ihnen niemand abnehmen. In allen Parteien gibt es in dieser Frage Verschiedenheiten der Auffassung. Einigkeit herrscht nur darüber, daß das Dreiklassenwahlrecht geändert werden muß. Einig sind wir uns wohl alle auch darüber, daß das gleiche Wahlrecht eine starke Radikalisierung des Abgeordnetenhauses bringen wird. Eine Radikalisierung des Abgeordnetenhauses aber wird weittragende politische Folgen haben. Ich erinnere nur an den Schutz des Deutschtums im Osten. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Preußen aber hat im Osten eine wichtige historische Aufgabe zu erfüllen. So erklären sich die Bedenken eines Teiles meiner Freunde gegen das gleiche Wahlrecht. Die Wahrenwäsche des Abg. v. d. Osten am Dreiklassenwahlrecht war eine aussichtslose Arbeit. Wenn das Dreiklassenwahlrecht wirklich so vorzüglich wäre, woher käme dann der große Unterschied der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Landtag und denen zum Reichstag. Auch wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter im Herrenhaus auf Grund einer Präsentation vertreten sein müssen. Wir wünschen, daß die drei vorliegenden Gesetzentwürfe durch ein Mantelgesetz miteinander verknüpft werden. Die Friedensresolution vom 19. Juli bietet keine Gewähr für eine befriedigende Lösung der Friedensfrage. Der Frieden muß die erforderlichen Sicherheiten gegen die Wiederholung eines derartigen Krieges und die völlige Unabhängigkeit für unsere Weiterentwicklung bieten. Das steht nicht im Widerspruch zu der Forderung eines baldigen Friedens. Man soll nicht so viel vom Frieden reden. Auch der Sozialdemokrat Dr. Schwandt, der jetzt bei Cambrai gefallen ist, sagte, man solle nicht soviel über den Frieden sprechen, lieber zu leise, als zu laut! Wir freuen uns, daß Graf Hertling erklärt hat, er wolle einen Frieden, der die deutschen Grenzen sichert. (Zurufe links: Das wollen wir alle!) Ein solcher Frieden wird auch die Interessen der Arbeiter schöhnen. (Zuruf der Soz.: Geben Sie gleiches Wahlrecht!) Wir wollen die Einrichtungen Preußens voll entwickeln, so daß es seine großen geschichtlichen Aufgaben auch in dem neuen siegreichen Deutschland weiter erfüllen kann. (Beifall.)

Das Haus verlag sich.
Montag, 11 Uhr: Weiterberatung. (Der Sonnabend bleibt wegen des katholischen Feiertags Sitzungsfrei.)
Schluß nach 4 Uhr.